

- 1 3. Sämtliche Subventionen für die Atomwirtschaft sind sofort zu beenden, die an die Laufzeitverlänge-
2 rung gekoppelte Brennstoffsteuer soll von den Atomkraftwerksbetreibern unabhängig von der Lauf-
3 zeitverlängerung weiter erhoben werden.
- 4
- 5 4. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mitsamt seinen Regelungen zu Einspeisevorrang und -vergü-
6 tung ist beizubehalten und die in diesem Bereich vollzogenen bzw. geplanten Kürzungen zurückzu-
7 nehmen.
- 8
- 9 5. Es müssen verstärkte Bemühungen unternommen werden, die Endlagerfrage nicht weiter auf die
10 lange Bank zu schieben, sondern endlich abschließend zu beantworten. Dabei sind die Ergebnisse der
11 unter Bundesumweltminister Sigmar Gabriel ins Leben gerufene Entsorgungskommission einzube-
12 ziehen.
- 13
- 14 6. Alle Atomkraftwerke müssen deutschlandweit, aber auch weltweit neuen Sicherheitsstandards un-
15 terworfen werden. Dies betrifft u.a. verschärfte Maßnahmen bei Flugzeugabstürzen, Erdbeben und
16 anderen Naturkatastrophen, (Not-) Stromversorgung, Schutz vor Cyberattacken.
- 17
- 18 7. Für eine dezentrale Energieversorgung ist ein Netzbau und Systemwechsel (Aufweichung der En-
19 ergiemonopole, Förderung regenerativer Energien, Systemwechsel hin zu dezentraler Energieversor-
20 gung vor Ort) notwendig. Zur effizienten Integration regenerativer Stromerzeugung benötigen wir
21 außerdem einen Ausbau der europäischen Netzinfrastruktur.
- 22
- 23 8. Zwecks Ausbaus der Windkraft sind Windkraftanlagen als privilegierte Baumaßnahmen anzusehen.
24 Einer passiven Verhinderungsplanung von Schwarz-Gelb stellen wir eine aktive und verbindliche Pla-
25 nung von Vorranggebieten für Windkraft unter Beteiligung der Bevölkerung entgegen.
- 26
- 27 9. Mobilität ist ein elementarer Bestandteil für die Energiewende. Dazu gehören neue Verkehrskon-
28 zepte, eine Priorität für nachhaltige Mobilität im Bereich der Infrastruktur, sowie der massive Ausbau
29 der Elektromobilität und neue Anforderungen an herkömmliche Verbrennungsmotoren.
- 30
- 31 10. Deutschland braucht eine „Abwrackprämie“ für ineffiziente elektrische Geräte und ein nationales
32 Top-Runner-Programm, das Stromfresser vom Markt nimmt, Anreize für höhere Effizienzstandards
33 schafft und sparsame Geräte für die Verbraucher leichter erkennbar macht.
- 34
- 35 Quelle: SPD, Jusos Rheingau-Taunus

N7

AntragstellerIn:

Bezirk Braunschweig

☐ angenommen ☐ abgelehnt ☐ überwiesen an:

36 **CCS- und CCR verhindern einen** 37 **nachhaltig orientierten ökologischen** 38 **Fortschritt**

- 39
- 40 Die SPD hat in Ihrer Regierungszeit den Weg weg vom Fossilen Zeitalter hin zum Zeitalter der erneuerbaren
41 Energien eingeschlagen. Nun gilt es, diesen konsequent umzusetzen!
- 42
- 43 In den letzten Jahren hat die Klimaschutzdebatte um eine Senkung der weltweiten CO₂-Emissionen an Be-
44 deutung gewonnen. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die europaweit vereinbarte CO₂-Reduktion um 30
45 Prozent bis 2030 und eine weitere Reduktion um 60 bis 80 Prozent bis 2050 im Vergleich zum Referenzjahr
46 1990. Dies ist unserer Meinung nach alternativlos und notwendig.
- 47
- 48 In der aktuellen öffentlichen Debatte werden die Technologien von CCS (Abscheidung und Speicherung
49 von Kohlenstoffdioxid) sowie CCR (Abscheidung und Recycling, d.h. Wiederverwendung von Kohlenstoff-

dioxid) als Heilbringer für die CO₂-Reduktion gepriesen. Dennoch tragen sowohl die CCS- als auch die CCR-Technologie nicht zu einer Reduzierung des Verbrauchs an fossilen Rohstoffen zur Energiegewinnung bei, sondern bestenfalls wird die Emission von CO₂ in die Atmosphäre verringert. Somit wird die Ursache des Problems, also die CO₂-Produktion bei der Energieerzeugung, durch das CCS- und CCR-Technologie nicht gelöst sondern verschleiert. Wir befürchten, dass das CCS- und CCR-Prinzip ein Hemmnis sein wird, die festgesteckten Ausbauziele für erneuerbare Energien zu erreichen.

Deshalb fordern wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten:

1. Wir JungsozialistInnen lehnen grundsätzlich die Abscheidung und Speicherung von CO₂ auf Basis des Prinzips der ökologischen Nachhaltigkeit ab. Eine CO₂-Abscheidung und -Speicherung wird die Ursachen des Problems nicht beheben sondern überdecken!

Wir begrüßen wir die Ablehnung des CCR- und CCS-Antrages der konservativ-liberalen Bundesregierung im Bundesrat und fordern deshalb alle SPD-Gliederungen auf, auch im zukünftigen Regierungshandeln, dieses Prinzip zu wahren.

Grundsätzlich muss es um ein Prinzip der CO₂-Vermeidung sowie der Steigerung der Energieeffizienz gehen und nicht darum, den hohen CO₂-Verbrauch durch Scheinlösungen zu verdecken.

2. Wir wollen keine Demonstrationsanlagen – und zwar bundesweit. Der im Bundesrat abgelehnte Gesetzesvorschlag bezog sich nicht auf klar abgrenzbare Demonstrationsvorhaben sondern ermöglicht de facto den großflächigen Einsatz der CCS- und CCR-Technologie. Für uns JungsozialistInnen sind die Risiken, die einerseits mit einer CCS- und CCR-Erprobung und andererseits mit dem großflächigen Einsatz (laut schwarz-gelbem Gesetz) verbunden sind, zu wenig erforscht und unzureichend kalkulierbar, was auch für die Testphase gilt. Beispielsweise ist die Haftungsfrage für Schäden an Grundeigentum und etwaige Einspruchsmöglichkeiten der Gebietskörperschaften ungeklärt.

3. Für uns ist die Alternative längst klar: Neben der Steigerung der Energieeffizienz sowie einer Reduzierung des Energieverbrauchs müssen wir vermehrt in den Markt erneuerbarer und neuer Technologien investieren, um einen ökologischen, perspektivischen und sozial verträglichen Ausstieg aus dem atomaren und fossilen Zeitalter einzuleiten.

4. Wir bekennen uns klar zu unserem Industriestandort, der im Bereich der Forschung sowie im technologischen und industriellen Fortschritt bundesweit einen Spitzenwert einnimmt. Investitionen in Innovationen im Bereich alternativer und ressourcensparender Produktionsprozesse sowie in die Energieeffizienzsteigerungen im Netz, bei der Energieerzeugung sowie bei Energieverbrauchern müssen getätigt werden, um eine CO₂-Vermeidung zu erwirken. Ein Förderschwerpunkt muss dabei bei Energieintensiven Industriezweigen liegen. Gleichzeitig setzen wir auf eine Selbstverpflichtung von Industrie, Handwerk und Gewerbe, Konzepte zur Reduktion der CO₂-Emissionen einzusetzen.

5. Wir bekennen uns zu dem Ziel, die fossilen Energieträger durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Bundesweit wird etwa die Hälfte des Stroms aus Stein- oder Braunkohle gewonnen. Hierzu brauchen wir – wie bei der Atomkraft – perspektivisch eine verbindlich gesetzlich geregelte und ökologisch und ökonomisch vertretbare Restlaufzeit für die Verbrennung fossiler Rohstoffe – wie Stein- und Braunkohle sowie Erdöl und -gas – zur Energiegewinnung.

6. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Verbrennung fossiler Rohstoffe für einen Überbrückungszeitraum weiterhin unverzichtbar sein wird. Dennoch müssen in dieser Überbrückungszeit in Zukunft alle neuen genehmigten Stein- und Braunkohlekraftwerke in Kombination mit Kraft-Wärme-Kopplung gebaut sowie ältere Kraftwerke auf Kraft-Wärme-Kopplung umgerüstet werden, um den Wirkungsgrad dieser Technologie zu erhöhen.

Eine Neubau von Kraftwerken zum Ersatz von alten und ineffizienten Kraftwerken oder zur Abdeckung des Energiebedarfs in der Übergangszeit muss den höchsten Effizienzanforderungen entsprechen. Dafür sind auch hocheffiziente Gas- und Dampfkraftwerke in Kombination mit Kraft-Wärme-Kopplung geeignet.

Begründung erfolgt mündlich

Ä 59

zum Antrag:

N7

AntragstellerInnen

LV NRW

☐ angenommen ☐ abgelehnt ☐ überwiesen an:.....

1 (1)

2 S. 328 / Z. 44 bis 45:

3 Ersetze "30%" durch "40%

4 und

5 "60 bis 80%" durch "80 bis 100%"

6

7 (2)

8 S.328 / 329: Streiche im gesamten Antrag das Kürzel "CCR" und ergänze als
9 zusätzlichen Absatz in Zeile 29

10

11 "Eine Alternative zu CCS stellt CCR, also die Abscheidung und das Recycling von
12 Kohlendioxid, dar. Bei diesem Verfahren wird das CO₂ in einem neuen Produkt,
13 bspw. Beton oder sogar Gebäudedämmplatten gebunden. Eine Leckagegefahr
14 besteht bei diesem Prozess nur sehr bedingt. Allerdings kann auch dieses stofflich
15 gebundene CO₂ früher oder später wieder in die Erdatmosphäre gelangen, nämlich
16 dann, wenn der Lebenszyklus des aufnehmenden Produkts dem Ende entgegen
17 geht. Deswegen ist CCR keine Lösung für den vermeidbaren CO₂-Ausstoß im
18 Rahmen der Energieproduktion. Bei anderen industriellen Produktionsprozessen die
19 einen unvermeidlichen CO₂-Ausstoß mit sich bringen (bspw. die Zementindustrie)
20 könnte CCR in Zukunft jedoch einen Beitrag zur CO₂-Reduktion darstellen.
21 Entsprechende Forschung auf universitärer und/oder betrieblicher Ebene sind also
22 unterstützenswert."

Ä 226

zum Antrag:

ÄA 59 zu N7

AntragstellerInnen

LV Hessen - Nord

☐ angenommen ☐ abgelehnt ☐ überwiesen an:.....

- 1 Füge in Zeile 21 hinter "...Energieproduktion." ein:
- 2
- 3 CCR darf dabei ausdrücklich nicht dazu führen, dass der weitere Ausstoß von CO₂
- 4 bei der Energieproduktion mit CCR legitimiert wird."

Ä 60

zum Antrag:

N7

AntragstellerInnen

LV Bayern

☐ angenommen ☐ abgelehnt ☐ überwiesen an:.....

- 1 (1)
2 Streiche S. 329 Z. 36 „bundesweit“
3
4 (2)
5 Ersetze S. 329 Z. 40, 41 „Gleichzeitig...“ bis „...einzusetzen.“ mit „Gleichzeitig
6 müssen für Industrie, Handwerk und Gewerbe verbindliche Regelungen gefunden
7 werden, damit diese ihren CO2-Ausstoß reduzieren. Selbstverpflichtungen sind uns
8 nicht genug.“
9
10 (3)
11 Ersetze S. 329 Z. 46 „Restlaufzeit“ durch „Auslaufregelung“
12
13 (4)
14 Ersetze S. 329 Z. 50 „weiterhin unverzichtbar sein wird.“ durch „derzeit noch
15 unvermeidbar ist.“ (dann weiter mit „In dieser Überbrückungszeit müssen...“)